



Bundestag direkt



Infobrief der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion

Nr. 3 / Oktober 2015

Humanität, Integration, Klarheit und Konsequenz – die Flüchtlingsbewegungen sind eine große Herausforderung

Von Dr. Ernst Dieter Rossmann

„Die Flüchtlingszahlen sind eine enorme, eine historische Herausforderung für Deutschland. Wer um Sicherheit und Leben fürchten muss, soll Schutz erhalten. Dabei dürfen wir unsere eigene Bevölkerung nicht aus dem Auge verlieren. Die SPD ist die Partei, die beides schaffen muss: Flüchtlinge, die auf Dauer bei uns bleiben können, schnell zu integrieren und gleichzeitig unser Land zusammenzuhalten und niemanden, der hier lebt, zu vergessen. Wir wollen diese Aufgabe gemeinsam anpacken. Mit Zuversicht und Realismus. Zuversicht, weil Deutschland ein starkes und mitfühlendes Land ist. Realismus, weil die Herausforderung groß ist. Die Integration von hunderttausenden neuen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes ist eine Aufgabe, bei der alle mithelfen müssen. Der Staat, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Zivilgesellschaft.“ In diesen Kernsätzen hat die SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi kürzlich zusammengefasst, worauf es jetzt ankommt.

„Wir schaffen das“

Die schleswig-holsteinische Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion stellt sich dieser Aufgabe. Wir gehen an die gesellschaftliche Basis, zu Flüchtlingseinrichtungen und Hilfsorganisationen, in Schulen und zu den Sozialpartnern. Wir stellen uns der politischen Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern, in den Ortsvereinen der Partei und bei unseren besonders geforderten Kommunalpolitikerinnen und -politikern, ob hauptamtlich oder

ehrenamtlich. Wir tun dies so gut und konkret, wie wir es eben können. Und immer mit Zuversicht, damit es keine hohle Phrase bleibt, wenn wir zusammen sagen: „Wir schaffen das!“

Aber wir wissen auch, dass wir noch nicht alle Fragen beantworten können, die sich zu den neuen Flüchtlingsbewegungen stellen und zu den Formen der modernen globalen Migration. Die Diskussion hierzu muss intensiv geführt werden – solidarisch – ehrlich – realistisch. Und immer im guten Zusammenwirken aller Sozialdemokratinnen und -demokraten von Bund, Land und Kommunen. Dieser Infobrief stellt deshalb auch die Flüchtlingspolitik mit mehreren Beiträgen als Schwerpunktthema in den Mittelpunkt.



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Sowohl in der SPD-Bundestagsfraktion als auch in den Arbeitskreisen, im Parlament wie auch in den Ausschüssen haben wir in den letzten Wochen viele Male sehr sachbezogen, sehr geschlossen und sehr lösungsorientiert die anstehenden Fragen diskutiert und gemeinsam zu wichtigen Entscheidungen gefunden. Die Landesgruppe der Bundestagsabgeordnete

aus Schleswig-Holstein steht geschlossen hinter diesen Entscheidungen, auch dort, wo sie uns viel abverlangen an Überprüfung von bisherigen Positionen, an Abwägung und Vorausschau.

Was jetzt getan wird

Das Wichtigste ist das Konkrete.

- Länder und Kommunen werden umfassend entlastet und erhalten mehr als vier Mrd. Euro zusätzlich in 2015 und 2016. Steigen die Flüchtlingszahlen, steigt die Entlastung.
- Der Bund beteiligt sich an der Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge.
- Der Bund stellt 900 Mio. Euro frei werdende Mittel aus dem gestoppten Betreuungsgeld für bessere Kinderbetreuung bereit.
- Der Bund steigert die Mittel für den sozialen Wohnungsbau.
- Der Bund öffnet Sprach- und Integrationskurse sowie die aktive Arbeitsmarktpolitik für Asylbewerberinnen und -bewerber mit Bleibeperspektive. Die Finanzmittel dafür steigen.
- Der Bund sorgt für geordnete Verfahren der Erstaufnahme, der bundesweiten Verteilung und vor allem der Beschleunigung von Asylverfahren. Er unterstützt die Länder beim Aufbau von Erstaufnahmepätzen.
- Fehlanreize nehmen wir zurück. Alle Westbalkanstaaten werden zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Wer ausreisen muss und kann, hat keinen Anspruch mehr auf die während des Asylverfahrens gezahlten Leistungen.

...Fortsetzung auf Seite 3...

Inhaltsverzeichnis

- Gastbeitrag von Stefan Studt (S. 2)
- Schwerpunktartikel zur Flüchtlingspolitik (S. 3-9)
- Urlaubstipps für die Herbstferien (S. 10)
- Aus der Arbeit der Küstengang... (S. 11)
- Kita-Ausbau kommt allen zugute (S. 12)
- Schifffahrtsreform: Lübeck oder Stralsund (S. 12)
- Internationaler Dialog (S. 13)
- Moderne Familienpolitik gestalten (S. 14)
- Glückwunsch an Ralf Stegner (S. 15)
- Terminrückschau (S. 16-17)
- Terminankündigungen (S. 18)
- Impressum (S. 18)

+NACHRICHTENTICKER+

Erfreuliche Nachrichten gibt es für die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein: **Bettina Hagedorn, Sönke Rix** und **Dr. Ernst Dieter Rossmann** wurden für weitere zwei Jahre als Mitglieder für den erweiterten Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion in ihren Ämtern bestätigt.

+NACHRICHTENTICKER+



Entwicklung der schleswig-holsteinischen Flüchtlingspolitik Gelebte Willkommenskultur mit guter finanzieller Basis

Gastbeitrag

Von Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Lange Zeit fühlten wir uns in Schleswig-Holstein fast wie auf einer abgeschiedenen Insel im Meer der weltpolitischen Ereignisse. Die seit dem Ende des Kalten Krieges durch Konflikte, Krisen und Kriege verursachten außenpolitischen Wogen schienen an den Deichen unseres Landes abzupralen, ohne uns und unser Leben zu beeinflussen.

Das hat sich geändert: Aktuell erleben wir weltweit so viele schwere Krisen wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr. Internationale Krisen stürmen in einer unglaublichen Vielzahl, von unterschiedlicher, komplexer Natur und zudem nahezu zeitgleich auf uns ein.

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Wir stehen damit vor einer Aufgabe, die uns als Gesellschaft insgesamt und auf allen Ebenen in einzigartiger Weise herausfordert: sowohl die Politik im Bund und in den Ländern als auch die Verwaltungen in den Kommunen und natürlich alle Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

Für Schleswig-Holstein gehen wir inzwischen davon aus, dass über 30.000 Flüchtlinge in unser Land kommen und die meisten von ihnen auch hier bleiben werden. Die Aufgaben, die sich aus dieser Vervielfachung der Zahlen gegenüber

dem Jahr 2014 ergeben, haben wir in Schleswig-Holstein in einer für mich beeindruckenden Art und Weise angenommen – unaufgeregt, effizient und hoch engagiert.

Dazu gehört, dass sich die Landesregierung schon sehr früh im Jahr nicht mit den Prognosen des Bundes zu den erwarteten Flüchtlingszahlen zufrieden gegeben hat. Wir haben uns mit unseren eigenen, deutlich höheren Zahlen auch öffentlich ehrlich gemacht und unser Handeln umgehend daran ausgerichtet.

Notwendigkeit der Erhöhung der Erstaufnahmekapazitäten frühzeitig erkannt

Nur so konnten wir rechtzeitig beginnen, die Kapazitäten für die Erstaufnahme von Flüchtlingen zu erhöhen. Wie richtig und wichtig diese Entscheidung war, zeigt die von keinem so vorherzusehende aktuelle Entwicklung der Flüchtlingszahlen. Aufgrund der Gesamtlage wollen wir weitere Unterbringungsmöglichkeiten identifizieren



Schleswig-Holsteins
Landesinnenminister
Stefan Studt

und so die verfügbaren Plätze kurzfristig auf 15.000 erhöhen.

Flüchtlingspakt bildet Grundlage für Handeln

Der Flüchtlingspakt, den das Land mit den Kommunen und zahlreichen Vereinen, Verbänden und Organisationen Anfang Mai geschlossen hat, bildet mit seinen Vereinbarungen die Grundlage für viele Handlungsfelder bei der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen.

Aktuell sind mit den steigenden Zahlen von Hilfesuchenden, die unser Land erreichen, die Herausforderungen noch einmal größer geworden. Die Schaffung von Wohnraum in den Kommunen mag das beispielhaft verdeutlichen. Und auch hier zeigt sich das Miteinander, das unser Land so auszeichnet.

Die Landesregierung hat mit den Kommunen in direkten Gesprächen Möglichkeiten ausgelotet, um durch ein spürbares Wohnraumprogramm, die Nutzung von Typenhäusern, Absenkungen von Baustandards und kürzere Genehmigungsverfahren kurzfristig zu deutlich mehr Wohnungsbau in den Kommunen zu kommen.

Finanzielle Grundlage muss gegeben sein

Guter Wille allein reicht jedoch nicht aus – es muss auch die notwendige finanzielle Basis geschaffen werden. Die Maxime der Landesregierung lautet daher: Die für die Bewältigung der Aufgaben notwendigen finanziellen Mittel werden bereitgestellt. Der Ministerpräsident hat dies ausdrücklich unterstrichen.

Gelebte Willkommenskultur ist das A und O

All das wird jedoch nicht ausreichen ohne das humanitäre Engagement und eine gelebte Willkommenskultur in der Gesellschaft insgesamt. Es ist für mich und für die gesamte Landesregierung eine unglaubliche Ermutigung und moralische Stütze, wenn wir sehen, wie in Schleswig-Holstein Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit gelebt werden.

Zahlreiche Initiativen bei der bürgerschaftlichen Flüchtlingsarbeit

Vielorts im Norden gibt es Initiativen für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe. Bei der Aufnahme und der Integration von Flüchtlingen und Asylbewerberinnen und -bewerbern in die Gesellschaft leisten Ehrenamtliche einen unschätzbaren Beitrag.

Sie begleiten die Menschen auf Behördengängen, zeigen ihnen bei Spaziergängen die Umgebung, kümmern sich um Kleidungs- und Sachspenden und organisieren Willkommensfeste, Spiel- und Sportveranstaltungen.

„Zusammen stehend und handelnd schaffen wir das!“

Es sind diese Beispiele, die mich sagen lassen: Wir schaffen das. Wir schaffen es, wenn wir als Europa, als Deutschland, als Staat und als Bürgerinnen und Bürger zusammen stehen und zusammen handeln!



Die Flüchtlingskrise – Deutschlands große Chance

Von Matthias Ilgen

Dieser Tage wird viel über Belastungsgrenzen und Aufnahmefähigkeit der Bundesrepublik mit Blick auf die Flüchtlingskrise gesprochen. Politiker aller Couleur mahnen zu Recht, dass die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft nicht unbegrenzt ist.

Allerdings haben sich auch alle Parteien bisher insgesamt zu wenig Gedanken gemacht, wie eine ansonsten schrumpfende Gesellschaft mit den Folgen ihrer demografischen Entwicklung umgehen will.

Neben den Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung von Kanzler Gerhard Schröder vor zehn Jahren, ist es vor allem der große Abgang von Erwerbstätigen, die jedes Jahr wohlverdient in den Ruhestand gehen, während gleichzeitig deutlich weniger junge Menschen nachrücken, die uns seit Jahren eine günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt bescheren.

Herausforderungen des demografischen Wandels

Viele Unternehmen beginnen über einen vermeintlichen oder tatsächlichen Fachkräftemangel zu klagen – viele offene Stellen bleiben zunehmend unbesetzt, weil sich keine Bewerberinnen oder Bewerber dafür finden.

Der ehemalige Chef des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, hat errechnet, dass aufgrund unserer weiterhin niedrigen Geburtenrate, die Rentenversicherung in den nächsten 30 Jahren weiter stark reformbedürftig wäre. Im Klartext: Entweder nochmal eine Halbierung des Rentenniveaus oder eine Verdoppelung der Beitragssätze, um das bisher geplante – schon dürrtliche – Niveau von 42 Prozent des letzten Nettolohns halten zu können.

Zuwanderung als Ersatz für ausscheidende Beitragszahlende

Die dritte (theoretische) Möglichkeit aber ist eine Zuwanderung von 32 Millionen Arbeitnehmerinnen und -nehmern unter 40 Jahren bis ins Jahr 2030, welche die ausscheidenden Beitragszahlenden

ersetzen können. Bislang stand eine solche Zuwanderung zahlenmäßig nicht in Aussicht – dies hat sich jedoch mit der Flüchtlingskrise geändert.



Matthias Ilgen

Gesellschaftliche Teilhabe sicherstellen

Doch um eine große Anzahl an Flüchtlingen tatsächlich auch als Beitragszahlende in die sozialen Sicherungssysteme integrieren zu können, sind noch gewaltige gesellschaftliche Anstrengungen notwendig.

Echte gesellschaftliche Teilhabe braucht ausreichende Ressourcen

Spracherwerb, schulische Bildung und Abschlüsse, berufliche Qualifikation und vieles mehr werden die Neubürgerinnen und Neubürger brauchen, um echte gesellschaftliche Teilhabe zu erlangen. Das alles muss gut organisiert werden, damit es auch gelingt. Dafür werden Ressourcen benötigt, denn ohne zusätzliche Aufwendungen können Bildungssystem und Gesellschaft diese Herkulesaufgabe nicht stemmen.

Die SPD ist gut beraten, dies offen und weniger taktisch zu diskutieren als bisher. Denn sollte die notwendige – und auch für uns ökonomisch so chancenreiche (!) – Integration misslingen, entstehen neue Problemfelder, auf denen die Parolen von Pegida und AfD ihren Nährboden finden könnten. Wir haben die Aufgabe, die Gesellschaft zusammenzuhalten und gleichzeitig die notwendigen Entscheidungen zu treffen, um die Probleme zu lösen.

Humanität, Integration, Klarheit und Konsequenz...

- Fortsetzung von Seite 1 -

von Dr. Ernst Dieter Rossmann

Es ist auch gut für uns in der Gemeinsamkeit von Bund und Land, wenn die integrationspolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der schleswig-holsteinischen SPD-Landtagsfraktion Serpil Midyatli hierzu feststellt:

„Wir freuen uns über das Ergebnis des gestrigen Flüchtlingsgipfels in Berlin, das einen guten Kompromiss zwischen Bund und Ländern

darstellt. Schon lange haben wir gefordert, dass der Bund die Flüchtlingspolitik als nationale Aufgabe begreifen und finanzielle Hilfen bereitstellen muss. Das geschieht jetzt endlich: dauerhaft, dynamisch und strukturell.“

Die Richtung muss stimmen

Das schließt nicht unterschiedliche Auffassungen zu einzelnen Punkten aus. Aber die richtige Richtung haben wir gemeinsam gefunden und die notwendigen Entscheidungen werden jetzt gemeinsam umgesetzt. Das ist vor allen Dingen

auch wichtig, um der Perspektive und der Sicherheit für die Flüchtlinge und ihrer Familien willen und es zeigt auch in die willkommensbereite, engagierte, aber auch bei offenen Fragen mitdenkende Bevölkerung hinein, dass wir in den Regierungen in Berlin und Kiel zu gemeinsamen Entscheidungen und zu gemeinsamen Regierungshandeln fähig sind.

Auch darauf kommt es jetzt an, wenn wir die Flüchtlingsbewegungen nicht nur als eine kurzzeitige Sommeraufgabe, sondern auch als eine lang andauernde große

Chance und Herausforderung einer neuen Zeit von Verantwortung in der einen Welt annehmen – mit Humanität, Integration, Klarheit und Konsequenz.

Der Norden – stark in Berlin!



Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt

Möglichkeiten, Chancen, Perspektiven

Von Gabriele Hiller-Ohm

Rund 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, Terror und Verfolgung – ein trauriger Rekord. Immer mehr hilfeschuchende Menschen kommen auch nach Europa, um hier Asyl zu beantragen. Dieses Jahr erwarten wir in Deutschland zwischen 1.000.000 und 1.500.000 Schutzsuchende. Das stellt den Bund, die Länder und Kommunen sowie die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen.

Was ist jetzt wichtig? Die Verfahren müssen unverzüglich beschleunigt werden, damit mehr Menschen schnelle Rechtssicherheit haben. Außerdem wollen wir den Zuzug jenseits des Asylverfahrens regeln.

Gleichzeitig müssen wir uns auch besser um diejenigen kümmern, die bereits hier sind. Dabei sind Sprache und Arbeit die beiden wichtigsten Felder für eine gelingende Integration. Denn die Erfahrung zeigt, dass Flüchtlinge arbeiten und lernen wollen.

Bei der Integration in Arbeit sind bereits in der Vergangenheit einige Fortschritte gemacht worden: Ab drei Monaten Aufenthalt dürfen Flüchtlinge arbeiten, Praktika sind leichter möglich und es gibt Unterstützung bei der Berufsausbildung.

Die sogenannte Vorrangprüfung, ob für ein Stellenangebot ein EU-Bürger zur Verfügung steht, entfällt nach 15 Monaten, sie gilt nicht bei Mangelberufen und für Hochqualifizierte.

Aktuell läuft das Gesetzgebungsverfahren zum so genannten Asylpaket (Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes). Es soll am 15. Oktober im Bundestag

abgeschlossen werden, so dass am 16. Oktober der Bundesrat darüber entscheiden kann. Das Inkrafttreten ist für den 1. November geplant.



Gabriele Hiller-Ohm

Das Gesetzespaket sieht aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sicht folgende Regelungen vor:

Vorverlagerung und Verbesserung der Sprachförderung

Arbeit ist der wichtigste Schlüssel für Integration. Das gelingt nur mit guten Sprachkenntnissen. Deshalb werden Spracherwerb und Arbeitsmarktpolitik stärker verknüpft.

Die berufsbezogene Sprachförderung und die Integrationskurse wollen wir in ein Gesamtprogramm „Sprache“ überführen. Dabei stoßen wir die Mittel für Sprachkurse auf, damit es mehr Sprachkurse gibt, die frühestmöglich angeboten werden.

Außerdem werden die Integrationskurse für Flüchtlinge geöffnet, bei denen ein dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist. Jobcenter können aber auch weiterhin berufsbezogene Sprachförderung als Eingliederungsleistung anbieten.

Das ist ein deutlicher Fortschritt. Wer dauerhaft bei uns bleiben wird, den wollen wir früh integrieren.

Integration in den Arbeitsmarkt

Zudem werden die Eingliederungstitel der Jobcenter so aufgestockt, dass wir dauerhaft bleibende Flüchtlinge aktiv bei der Arbeitsmarktintegration unterstützen können. Anerkannte Asylberechtigte werden voll arbeitsberechtigt, erhalten Leistungen der Jobcenter und zählen in der Arbeitslosenstatistik.

Die Bevölkerung in Deutschland altert und zukünftig werden vermehrt Fachkräfte gebraucht.

Wir müssen mehr für Menschen unternehmen, die schon lange hier leben und Arbeit suchen. Höhere Mittel für die Jobcenter sind auch hier hilfreich. Gemeinsam können wir so weiter ein stabiles Wachstum und ein gutes Leben für alle in unserem Land schaffen.

Klar ist auch: Einen prekären Niedriglohnsektor für Flüchtlinge, beispielsweise durch eine Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge, wird es nicht geben.

Das Modellprojekt „Early Intervention“ wird flächendeckend ausgeweitet. Damit stellen wir sicher, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit so früh wie möglich in die Einrichtungen gehen und die Berufserfahrungen und Qualifikationen der Flüchtlinge erheben können.

Arbeitsvisa für Menschen aus Westbalkanländern

Menschen aus dem Westbalkan

wird der legale Zugang zum Arbeitsmarkt vereinfacht. Wichtig war uns dabei, den Menschen Wege jenseits des Asylverfahrens zu eröffnen:

Wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag mit tarifvertraglichen Bedingungen vorweisen, seinen Lebensunterhalt und ggf. den seiner Familie selbst decken kann, soll mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit arbeiten oder eine Ausbildung aufnehmen dürfen.

Darüber hinaus setzt sich die SPD für ein echtes Einwanderungsgesetz ein. Mit einem modernen, transparenten Zuwanderungsgesetz können wir Einwanderung steuern und als Chance für unsere Gesellschaft und gegen den Fachkräftemangel nutzen.

Gleichzeitig würden wir damit Menschen, die zu uns kommen möchten, um ein besseres Leben oder Arbeit zu finden, eine faire Chance und Perspektive für qualifizierte Arbeitsmigration eröffnen.

Die bisherigen Regelungen müssen auf den Prüfstand gestellt und weiterentwickelt werden, damit das Einwanderungsland Deutschland endlich ein echtes Zuwanderungsgesetz bekommt.

Ergänzend finden Sie unter <http://is.gd/Nachbar>

das Informationspapier „Vom Flüchtling zum Nachbarn und Kollegen - Der Weg von der Ankunft bis zum Eintritt in den Arbeitsmarkt“. Es skizziert den Weg eines Flüchtlings durch das Asylverfahren von der Ankunft bis zum Abschluss des Verfahrens aus arbeitsmarkt- bzw. sozialpolitischer Sicht.



Flüchtlingshilfe: Unsere gemeinsame Aufgabe

Von Bettina Hagedorn

Dank an die zahlreichen Helfer!

Die Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik sind außergewöhnlich: außergewöhnlich ist die Anzahl derer, die nach monatelanger Reise hier ankommen, außergewöhnlich ist die Leistung von Ländern, Kommunen und Bund und außergewöhnlich ist die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung, all derer, die hauptamtlich und ehrenamtlich helfen.

Ob medizinische oder pädagogische Kräfte, Polizisten, Verwaltungsangestellte, Dolmetscherinnen und Dolmetscher oder die zahlreichen Katastrophenschutzorganisationen – alle sind professionell und motiviert dabei! Danke!

SPD setzt sich durch: 4 Mrd. Euro mehr für Länder und Kommunen!

Bund, Länder und Gemeinden können nur gemeinsam die Herausforderungen der Flüchtlingsbewegungen meistern. Die Steuereinnahmen sprudeln: Deshalb hat der Bund beschlossen, Steuermehreinnahmen – allein 2015 zirka fünf bis sieben Mrd. Euro – für die Flüchtlingsarbeit bereitzustellen.

Auf dem Koalitionsgipfel am 6.9.2015 haben wir uns auf zusätzliche sechs Mrd. Euro für die Flüchtlingshilfe geeinigt – die Hälfte allein für Länder und Kommunen.

Am 24.9.2015 einigten sich Bund und Länder beim Flüchtlingsgipfel auf weitere Milliardenhilfen ganz im Sinn der SPD: Der Bund wird 2015 die Soforthilfe für die Länder um eine weitere Milliarde Euro

aufstocken.

Ab 2016 trägt der Bund für jeden Flüchtling für die Dauer zwischen Registrierung und Entscheidung über den Asylantrag 670 Euro monatlich – das sind nach aktueller Schätzung von rund 60.000 Flüchtlingen in Schleswig-Holstein 201 Mio. Euro, bundesweit bei ca. 800.000 Flüchtlingen 2,68 Mrd. Euro.

Für minderjährige Flüchtlinge ohne Begleitung gibt der Bund jedes Jahr 350 Mio. Euro zusätzlich an die Länder. Nicht vergessen wer-

keine Dauerlösung. Bis 2019 stellt der Bund für sozialen Wohnungsbau und den Neubau von bezahlbarem Wohnraum zwei Mrd. Euro bereit.

Ich war am 12.9.2015 in Putlos: Knapp 800 Menschen, davon über 120 Kinder, sind dort in einer aktiven Kaserne untergebracht. Das Land Schleswig-Holstein plant, 20.000 zusätzliche dauerhafte Wohneinheiten zu schaffen.

Zudem wird der Bund 900 Mio. Euro aus dem vom Verfassungsgericht gestoppten Betreuungsgeld nun sinnvoll investieren: Für

Euro dafür wollen wir verdoppeln!

Mehr Personal und Unterstützung für die Helferinnen und Helfer

Unter der schwarz-gelben Bundesregierung von 2013 arbeiteten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nur 925 Mitarbeiter, heute sind es auf Druck der SPD 2.200, weitere 400 Stellen sollen noch dazukommen.

Auf Vorschlag unserer Familienministerin Manuela Schwesig schaffen wir für zirka 40 Mio. Euro jährlich 10.000 zusätzliche Stellen für den Bundesfreiwilligendienst. Auch die Jobcenter bekommen mehr Stellen und bei der Bundespolizei sollen 3.000 neue Mitarbeiter eingestellt werden.

Einigung bei den Regionalisierungsmitteln – Investitionen in den Nahverkehr gesichert

Nach jahrelangem Streit hat Finanzminister Schäuble endlich nachgegeben: Die bei 7,3 Mrd. Euro „eingefrorenen“ Regionalisierungsmittel, aus denen die Länder den Schienenpersonennahverkehr bezahlen, wurden für 2016 auf acht Mrd. Euro spürbar erhöht und mit einer Dynamisierung von 1,8 Prozent für die Folgejahre verbunden.

Das hilft unserem Flächenland Schleswig-Holstein enorm.

Mit der Einigung auf den „Kieler-Schlüssel“ bedeutet das 255 Mio. Euro vom Bund in 2016. Klar ist: Nur gemeinsam werden wir die Herausforderungen meistern – mit den Ergebnissen der Bund-Länder-Verhandlungen steuern wir in die richtige Richtung!



(v.l.n.r.): Annette Schlichter Schenck, Bettina Hagedorn und Klaus Zorn bringen Straßenmalkreide für die Flüchtlingskinder in die Wagrien-Kaserne in Putlos

den darf: Die sprudelnden Steuerquellen im Bund bedeuten ebenfalls überproportional hohe Steuereinnahmen bei Ländern und Kommunen.

Wohnraum und frühzeitige Integration fördern

Problematisch ist der knappe Wohnraum. Container können Entlastung schaffen, sind aber

bessere Kinderbetreuung! Dafür brauchen wir mehr Personal, um auch die zusätzlichen Kinder bestmöglich zu betreuen.

Mit Integrations- und Sprachkursen sowie aktiver Arbeitsmarktpolitik wollen wir erwachsenen Asylbewerberinnen und -bewerbern eine Perspektive bieten. Sprache ist der Schlüssel zur Integration, das Geld ist daher mehr als gut angelegt – die bisher 244 Mio.



Kommunale Kräfte entlasten, solidarisch zusammenstehen

Für eine Flüchtlingspolitik, die Chancen und Perspektiven für alle bietet

Von Dr. Karin Thissen

Im Juni lautete die Prognose der Bundesregierung, dass Deutschland in diesem Jahr 450.000 Flüchtlinge erwarten würde. Schon im August wurde diese Zahl auf 800.000 nach oben korrigiert. Und wahrscheinlich werden es bis Ende dieses Jahres eine Million Menschen sein, die ihre Heimat verlassen haben, um bei uns eine Zuflucht zu finden. Mit diesen Zahlen vor Augen stehen wir und unsere Kommunen vor enormen Herausforderungen, die auch die Verwaltungsstrukturen auf eine harte Probe stellen.

So hieß es aus meinem Wahlkreis am Abend des 17. Septembers von Behördenseite, dass das Kellinghusener Kasernengelände bereits am darauf folgenden Samstag als Notunterkunft für bis zu 450 Flüchtlinge dienen würde. Wie schon in Albersdorf koordiniert aufgrund der akuten Lage das Deutsche Rote Kreuz (DRK) vor Ort die Betreuung. Unterstützt wird es durch zahlreiche Institutionen und Verbände sowie viele ehrenamtliche Helfer. Für wie lange die

Einrichtung jedoch bestehen bleiben wird und wie viele Flüchtlinge insgesamt dort untergebracht werden, ist derzeit nicht vorherzusagen.

Am 24. September gab die Stadt Itzehoe bekannt, dass auf einem ehemaligen Firmengelände bis zum darauf folgenden Wochenende eine Notunterkunft für vorerst 200 Personen entstehen sollte. Darüber hinaus werden in Glückstadt Teile eines Kasernengeländes in Stand gesetzt, um mehreren hundert Personen ein sicheres Dach über dem Kopf und ein Mindestmaß an Privatsphäre zu bieten.

Nur mit ehrenamtlichem Engagement gelingt derzeit die Flüchtlingsarbeit

Diese Planungen samt vieler Unsicherheiten verdeutlichen die Problematik. Aktuell besteht in den meisten Erstaufnahmen ein Provisorium, das nur deshalb funktioniert, weil sich viele Menschen auch ehrenamtlich einbringen. Und die Mitglieder des DRK, der Johanner oder des Technischen Hilfswerks sind bereits derart stark ausgelastet, dass jede neue Ein-

richtung die Betreuung bereits bestehender Unterkünfte erschwert.

Unterstützung der Kommunen muss im Mittelpunkt stehen

Bei allen Bemühungen und dem großem Engagement muss der politische Fokus daher auf der Unterstützung der Kommunen liegen. Ebenso müssen Kommunikationswege kürzer werden. Auch sollten, wenn Gebäude als Unterkunft in Frage kommen, diese frühzeitig in Augenschein genommen werden. Hat die Überprüfung der Infrastruktur bereits im Vorfeld stattgefunden, sind im Notfall Kapazitäten für andere Aufgaben frei.

Hierbei habe ich als Sozialdemokratin mit Schwerpunkt Ernährungs- und Gesundheitspolitik vor allem die Menschen und die Gewährleistung der medizinischen Betreuung sowie eine ausgewogene Lebensmittelversorgung im Blick.

Bei all diesen vielfältigen Aufgaben sollten wir aber auch heute schon an die kommenden Jahre denken und die großen Chancen der Ent-

kennen. Wir müssen sichere Perspektiven schaffen, sonst werden wir auf Dauer Vieles nicht erreichen können, was die Basis für ein förderliches Zusammenleben schafft.

Eigene Vorbehalte abbauen und zur eigenen Meinung stehen

Was jeder von uns im Kleinen dafür tun kann: Eigene Vorbehalte abbauen und dagegenhalten, wenn Stammtischparolen als vermeintliche „unbequeme Wahrheiten“ präsentiert werden. Flüchtlinge nehmen uns keine Arbeitsplätze weg, auch nicht unsere Renten.

Vor allem aber dürfen wir nicht zulassen, dass engagierte, hilfsbereite Menschen bedroht werden. Denn von diesen rechtsgerichteten Stimmungsmachern sind wir und unsere Gesellschaft am Ende alle bedroht, wenn wir nicht in das krude Weltbild der „besorgten Bürger“, Pegida-Anhänger oder gar Neonazis passen.

Gemeinsames Handeln und gelebte Solidarität

Wenn wir gemeinsam handeln, jede und jeder nach den eigenen Möglichkeiten, werden wir diese Herausforderung meistern. Was die Flüchtlinge, Europa, und auch wir brauchen, ist Solidarität.

Ich bin mir sicher, dass wir in einer nicht allzu fernen Zukunft auf diese Zeit zurück blicken und sagen: Es war nicht alles einfach, aber wir haben es geschafft.

Vielleicht werden unsere Kinder uns dann fragend ansehen, weil gelebtes Miteinander verschiedener Kulturen und Religionen für sie ganz selbstverständlich geworden ist.



Dr. Karin Thissen

Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss erleichtert werden, denn im Alltag lernt man die Sprache und seine Umgebung besser



Den Schlepperbanden entgegentreten: EUNAVFOR MED Phase 2

Von Matthias Ilgen

"Bilder im Kopf" – so ist der Titel eines Liedes, das es vor einiger Zeit in die Musikcharts in Deutschland schaffte. Das Jahr 2015 hinterlässt davon leider sehr viele, die nur schwer zu ertragen sind. Ja, da sind durchaus die Bilder von hier ankommenden Flüchtlingen, die von Bürgerinnen und Bürgern willkommen geheißen werden. Die Bilder der vielen freiwillig Helfenden, ohne die wir der großen Zahl an Zuflucht suchenden Menschen nicht Herr würden und die mich stolz auf unser Land machen.

Aber leider auch Bilder von Menschen, die verzweifelt mit ihren Kindern im Arm vor Zäunen und an Grenzen ausharren – und leider auch Bilder von Menschen, die tot an die Strände der europäischen Mittelmeeranrainerstaaten gespült werden.

Bilder von hoffnungslos überfüllten Booten, von skrupellosen Kriminellen auf eine gefährliche Reise ins Ungewisse geschickt. Menschen, die aus der Not von Flüchtlingen Kapital schlagen und dabei nicht davor zurückschrecken, das Leben derer aufs Spiel zu setzen, denen sie zuvor das letzte Geld aus der Tasche gezogen haben.

Oberste Priorität: Menschen retten

Um dieser Bilder Herr zu werden, werden seit Jahren Anstrengungen unternommen. Der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zu Folge wurden alleine durch die

italienische Operation "Mare Nostrum" weit über 100.000 Menschen gerettet, obwohl die Mission "nur" von Oktober 2013 bis Oktober 2014 lief.

Illegale Schleppernetzwerke aufspüren als Ziel

Seither reagiert die europäische Grenzschutzbehörde Frontex im Zuge von Operation "Triton" auf Notrufe von Schiffbrüchigen.

"Nicht genug!" – zu dieser Überzeugung kam die EU im Mai dieses Jahres angesichts der wachsenden Zahl von Schiffsunglücken im Mittelmeer und startete mit breiter Zustimmung die EUNAVFOR MED Mission, deren Ziel in Phase 1 war, Menschen in Seenot zu retten und durch Patrouillen Hinweise und Informationen bezüglich der illegalen Schleppernetzwerke zu sammeln.

Deutschland als zweitgrößter Truppensteller beteiligt sich mit insgesamt 950 Soldaten und zwei Schiffen an dieser Mission – dem Tender "Werra" und der Fregatte "Schleswig-Holstein".

Knapp 7000 Menschenleben allein durch deutsche Schiffe gerettet

Allein unsere beiden Schiffe haben im Zuge dieses Einsatzes etwa 7000 Menschen aus Seenot retten können. Das ist eine immense Zahl an Leben, für deren Rettung wir den Marinesoldatinnen und -soldaten nicht dankbar genug sein können.

Den nächsten Schritt tun

Doch greift eine solche Maßnahme alleine zu kurz. Man bekämpft das vordergründige Symptom, mehr nicht. Daher entschied man sich nach übereinstimmenden Einschätzungen auf EU-Ebene, die Operation zu vertiefen.

Phase 2 des EUNAVFOR MED Einsatzes gestartet

Am 1.10.2015 hat sich der Bundestag mit 450 zu 116 Stimmen für den Eintritt in die zweite Phase des EUNAVFOR MED Einsatzes ausgesprochen. Dabei bleibt es weiterhin bei zwei Schiffen, die sich von deutscher Seite an der Operation beteiligen. Auch das Kontingent an Soldatinnen und Soldaten wird nicht verändert.

Priorität hat ebenso weiterhin die Rettung von Schiffbrüchigen, jedoch verfügen die beteiligten Marineeinheiten nun über die Kompetenz, verdächtige Schiffe aufzubringen, zu boarden und zu beschlagnahmen. Das Einsatzgebiet erstreckt sich dabei auf die „Hohe See“, schließt also die libyschen Hoheitsgewässer aus.

Ziel ist es, Schlepper dingfest zu machen. Ob und in wie weit das auf diese Weise gelingen kann, die Frage darf man selbstverständlich stellen – sitzen doch die Drahtzieher dieser mafiösen Strukturen an Land auf dem Trockenen.

Abschreckende Wirkung ist Teil des Einsatzes

Doch sollte man nicht die ab-

schreckende Wirkung unterschätzen, die eine Beschlagnahme der Schiffe mit sich bringt. Die Zahl der Fischer, die bisher ihre Schiffe noch bereitwillig an Schlepper vermieten, um ihren Verdienst aufzubessern, wird angesichts des neuen Risikos sinken und den Schlepperbanden wird auf diese Weise eine wichtige Ressource entzogen. Die zweite Phase stellt daher den Beginn der Bekämpfung der Schleppernetzwerke dar, keineswegs das Ende.

Weitere Schritte im Auge haben

Wirksam kann man diesen Kriminellen nur an Land begegnen. Dies wäre dann EUNAVFOR MED Phase 3, welche wahlweise eine Zustimmung des UN-Sicherheitsrates oder der Einladung der libyschen Regierung benötigen würde. Beide Varianten sind derzeit nicht gegeben. Und selbst wenn man den Schleppern an Land irgendwie das Handwerk läge, hat man immer lediglich ein weiteres Symptom bekämpft, nicht die Fluchtursache.

Diese zu bekämpfen kann nur gelingen, wenn Deutschland und die EU sich ihrer Verantwortung in der Welt zukünftig in einem größeren Maße stellen als bisher. Dabei spreche ich weniger von Militäreinsätzen als vielmehr davon, dass Entwicklungspolitik die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts ist. Nur wenn es uns in Zukunft gelingt Fluchtursachen gezielt zu bekämpfen, können wir behaupten, die Welt sicherer gemacht zu haben.



Flüchtlingspolitik – Humanität als Richtschnur

Von Dr. Nina Scheer

Die Vereinten Nationen, die Europäische Union, aber auch jeder Staat der Europäischen Union tragen für sich genommen Verantwortung gegenüber Menschen, die auf der Flucht vor Terror und Verdrückung sind.

Fluchtursachen bekämpfen

Dies erfordert von der Völkergemeinschaft insbesondere die Bekämpfung von Fluchtursachen, die häufig in Kriegs- bzw. Bürgerkriegszuständen liegen. Die Völkergemeinschaft trägt damit auch die Verantwortung Maßnahmen zu unterlassen, die Bürgerkriegszustände fördern.

Sowohl der vergangene Irakkrieg als auch militärische Einsätze in Libyen zum Sturz des damaligen Machthabers Muammar al-Gaddafi förderten offensichtlich die für die heutigen Fluchtursachen maßgeblichen Bürgerkriegszustände, Rechtsstaatslosigkeit und damit einhergehend auch Terrorismus.

Zu der Bekämpfung von Fluchtursachen in Bezug auf Syrien muss eine weitere Destabilisierung des Staates vermieden werden. Dies bedeutet keineswegs die Völkerrechtsverletzungen von Assad zu missachten. Es muss aber erkannt werden, dass in der jetzigen Situation jede Schwächung letzter staatlicher Strukturen in Syrien dem IS-Terrorregime weiter Tür und Tor öffnet.

Flucht wäre die einzige Möglichkeit

Für noch mehr Menschen als bisher bliebe nur die Flucht. Im Mittelpunkt müssen der Austausch und eine Verständigung mit Präsident Putin und den Vereinten Nationen stehen.

Die Völkergemeinschaft ist zudem aufgerufen, auf mehr Teilhabe und Gerechtigkeit – auch im Rahmen der weltweiten Handelsbeziehungen – hinzuwirken und diese nach den Zielen Nachhaltiger Entwicklung auszugestalten.

Ursachen für Krisen und Verarmung werden verschärft

Selbst wenn Deutschland, weltweit betrachtet, zu den Ländern mit einer der am stärksten ausgeprägten Willkommenskultur zählt, muss auch hier erkannt werden, dass die von den industrialisierten Staaten ausgehende Weltwirtschaft (auch den Umgang mit Rüstungsgütern oder Ressourcenabbau betreffend) vielerorts Krisen und Verarmung verschärfen, wenn nicht gar verursachen.

Neuorientierung der europäischen Handelspolitik notwendig

Es bedarf einer Neuorientierung auch der europäischen Handelspolitik. Zudem ist es ein Armutszeugnis, dass Deutschland trotz der bekannten Zusammenhänge zwischen Armut und Krisenherden, nur etwas über 50 Prozent der Mittel für Entwicklungshilfe bereitstellt, zu denen wir uns international verpflichtet haben.

Legale Einwanderungswege versus Schlepperbanden

Auch für die bereits auf dem Weg befindlichen Flüchtlinge brauchen wir Lösungen. Dringend bedarf es einer Verständigung der Länder der Europäischen Union auf legale Einwanderungswege und eine humanitäre Versorgung von Flüchtlingen an den europäischen Außengrenzen.



Dr. Nina Scheer

Bekämpfung des internationalen Menschenhandels

Schlepperbanden und Menschenhandel müssen bekämpft werden. Im Lichte unserer grundsätzlichen Hilfspflicht gegenüber fliehenden Menschen muss dies aber mit der Schaffung legaler Fluchtwege einhergehen. Andernfalls wird an anderen Orten als unseren Grenzen unser Asylrecht ausgehöhlt.

Kommunen weiter entlasten

Vor Ort ist es dringend erforderlich, die Kommunen weiter – und zu 100 Prozent – zu entlasten. Andernfalls kommt es unvermeidbar zu Verteilungsfragen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden.

Ausspielen der Ebenen des föderalen Systems gegeneinander kann nicht akzeptiert werden

Es kann nicht sein, dass im Bund Überschüsse erzielt werden, die Zinssätze niedrig sind und in den Kommunen darüber nachgedacht werden muss, ob für eine Stelle zur Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung andernorts eine

nach wie vor benötigte Stelle eingespart wird.

Erstaufnahmekapazitäten deutlich ausweiten

Mit der letzten Einigung auf Bundesebene wurde bereits die Verweildauer in den Erstaufnahmeeinrichtungen deutlich verlängert.

Bleibeperspektive muss bei dezentraler Unterbringung geklärt sein

Weiter gedacht sollte eine Zuweisung von Flüchtlingen an Kommunen aber erst nach Abschluss eines Asylverfahrens erfolgen. Das Konzept der dezentralen Unterbringung kann nur sinnvoll greifen, wenn es sich an Menschen richtet, über deren Bleibeperspektive entschieden wurde.

Humanität als Richtschnur

Flüchtlingspolitik fordert von uns auf vielen Ebenen und in den verschiedensten Politikfeldern schnelle, zielführende Antworten. Wichtig ist hierbei die Humanität als Richtschnur zu behalten.



Die Integrationskurse:

Nach 10 Jahren Erfolgsgeschichte jetzt in der Bewährungsprobe

Von Dr. Ernst Dieter Rossmann

Zehn Jahre lang gibt es jetzt den Rechtsanspruch auf 660 Stunden Sprachunterricht und Orientierungskurs für Menschen mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus, aber ohne deutschem Pass in unserem Land. Bundesinnenminister de Maizière hat kürzlich dieses große Reformprojekt der damaligen rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder als wichtiges Element einer „epochalen Wende“ gewürdigt. Schließlich herrscht mittlerweile Konsens: Sprachförderung ist wichtig für alle Beteiligten.

Sie dient den Menschen, die zu uns kommen und die sich mit ihren Familien bei uns integrieren wollen. Auch ist die Chance auf den Erwerb der deutschen Sprache für diese Menschen wichtig und hilfreich für die deutsche Bevölkerung, wenn es um Verständigung, Kontakte und Sicherheit geht. Mit Recht besteht deshalb Einigkeit: Die Integrationskurse für Zuwanderer sind eine Erfolgsgeschichte.

Ein Erfolgsmodell – auch in Schleswig-Holstein

Das trifft auch mit Blick auf die Zahl der erreichten Menschen zu. Seit 2005 hat es in Deutschland bei 1,5 Millionen Teilnahmeberechtigten über 1,1 Millionen Menschen gegeben, die an diesen Kursen tatsächlich und erfolgreich teilgenommen haben. Fast zwei Drittel der Teilnehmer schließen dabei die Sprachprüfungen nach dem Europäischen Referenzrahmen mit dem Niveau B 1 ab. Sie können die deutsche Sprache damit fortgeschritten bei der Arbeit, in der Schule und in der Freizeit anwenden.

Wie gut kann der Sprach-erwerb nach 660 Stunden sein?

Wir sollten uns alle selbstkritisch fragen: Trauen wir uns es eigentlich selbst zu, nach 660 Stunden Sprachunterricht

Arabisch, Syrisch, Tigrinja oder eine andere fremde Sprache so gut zu erlernen? Dahinter stecken schon viel Ehrgeiz, Anstrengung und Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Grundlage hierfür ist ein gutes didaktisch anspruchsvolles System an Kursen, das von rund 1.300 dafür zugelassenen Trägern in Deutschland angeboten wird und das sich der deutsche Staat mit guten Gründen Einiges kosten lässt.

Starke Nachfrage nach Sprach- und Integrationskursen in Schleswig-Holstein

Auch Schleswig-Holstein kann eindrucksvolle Zahlen aus den letzten zehn Jahren aufweisen. Insgesamt 28.847 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den sieben möglichen Förderwegen hat es in unserem Land gegeben – zuzüglich 4.234 Menschen, die ihre Chance auf eine Kurswiederholung genutzt haben. Fast 24.000 waren davon in den allgemeinen Integrationskursen, über 2.500 davon bekamen aber auch das Angebot zu einem Integrationskurs mit Alphabetisierung, der bei ihnen mit Erfolg erste wichtige Sprachkompetenzen aufgebaut hat.

Diese Leistung wurde durch insgesamt 2.126 Kurse erbracht, an denen 58 Bildungsträger aus unserem Land beteiligt waren, von den Wohlfahrtsverbänden bis zu den Kirchen, von den Einrichtungen der Wirtschaft und des Handwerks bis zur Türkischen Gemeinde. Hauptanbieter auch in unserem Land sind die Volkshochschulen mit 21 Kursträgern und über 50 Prozent der Kursangebote. Insgesamt darf man feststellen: Hier ist eine große Gemeinschaftsleistung aus der gesamten Erwachsenenbildung und der Zivilgesellschaft erbracht worden.

Jetzt Sprachkurse erweitern

All diese Träger, die Dozentschaft und die Unterstützerinnen und Unterstützer werden in der Zukunft noch

mehr gefordert werden. Schon jetzt fördern das Land Schleswig-Holstein und viele Kommunen freiwillig Sprachkurse für Flüchtlinge, denen diese Sprachkurse bisher versperrt waren, und seien es nur Starterkurse für eine erste elementare Sprachpraxis.

Der Bund zieht jetzt nach. Endlich haben wir zur Hälfte der Legislaturperiode den Durchbruch beim Koalitionspartner erzielt, den wir schon zu Anfang der Großen Koalition im Koalitionsvertrag verankert konnten. Unter dem Druck der Verhältnisse kann sich die CDU/CSU jetzt nicht länger sträuben und verweigern.

Öffnung von Integrationskursen für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive

Am 24. September haben die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder vereinbart, was jetzt in konkreten Maßnahmen und Haushaltsbeschlüssen umzusetzen ist: „Der Bund öffnet die Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive und stockt die hierfür vorgesehenen Mittel entsprechend dem gestiegenen Bedarf auf.“

Darüberhinaus wird eine verstärkte Vernetzung zwischen Integrationskursen und berufsbezogenen Sprachkursen hergestellt, unter verstärkter Einbeziehung der Bundesagentur für Arbeit. Kurzfristig sollen auch im Rahmen des Arbeitsförderungsrechtes Maßnahmen zur Vermittlung erster Sprachkenntnisse der deutschen Sprache gefördert werden.“

Jetzt auch flexible Lösungen finden

Damit gar keine Zweifel aufkommen: Das wird viel Geld kosten. Schätzungen gehen von mindestens 300 Millionen Euro Mehraufwand jährlich beim Bund aus. Das Programm trifft auf viele personelle und räumliche Schwierigkeiten.

Weder gibt es in genügender Zahl Sprachlehrkräfte mit einer Spezialausbildung für Deutsch als Zweit- und Fremdsprache.

Bessere Bezahlung der Lehrkräfte wichtiges Thema

Noch sind überall ausreichende Räumlichkeiten für die erwarteten 200.000 zusätzlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Deutschland vorhanden. Hier wird man improvisieren und auch gewisse Abstriche an den Lehrstandards machen müssen. Und es muss vor allen Dingen noch ein Problem gelöst werden, nämlich die bessere Bezahlung der Sprachlehrkräfte. Hier will die CDU/CSU noch nicht ran. Aber die SPD ist entschlossen, den Bundesinnenminister nicht aus seiner Verantwortung zu entlassen. Hier muss endlich etwas passieren.

Sprache ist entscheidend für eine Zukunft und die Grundlage für ein funktionierendes Miteinander

Zehn Jahre ist es jetzt her, dass mit den Integrationskursen eines der fortschrittlichsten Integrationsinstrumente der Welt durch die SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Deutschland geschaffen wurde. Jetzt steht die erste große Bewährungsprobe an.

Nachhaltige Investition in die Gesellschaft

Mehr Migrantinnen und Migranten mit guten Deutschkenntnissen sind in der Einwanderungsgesellschaft von heute und morgen für Wirtschaft und Gesellschaft eine Investition, die sich nachhaltig lohnt. Sprache gibt Zukunft und gemeinsame Sprache führt unterschiedliche Menschen zusammen. Darauf kommt es jetzt an.



Urlaubstipps für die Herbstferienzeit

Wenn es draußen herbstlich wird und die Blätter an den Bäumen in bunten Farben leuchten, dann muss es wohl mit großen Schritten auf den Herbst und die Ferienzeit zugehen! Dazu passend haben drei unserer schleswig-holsteinischen Abgeordneten ihre Geheimtipps für eine der schönsten Zeiten des Jahres verraten.

Mit Bonbons zu den Seehunden und nach einem langen Tag eine leckere Suppe zum Abschluss

Wie wärs zum Beispiel mit einem Besuch in der **Bonbonkocherei** in Eckernförde, im Wahlkreis von Sönke Rix? Bei schönem Wetter lockt auch die **Seehundstation** in

Friedrichskoog, ganz im Südwesten des Kreises Dithmarschen, den Dr. Karin Thissen im Bundestag vertritt. Franz Thönnies zaubert bei Wind und Wetter an Bord des Kutters Ebba Aaen eine leckere **Kürbis-Apfel-Suppe** auf den Tisch, bei der einem das Wasser im Munde zusammenläuft, wenn man nur das Rezept liest. Für Leckermäuler also genau das

Richtige!

Also Leinen los, runter von der gemütlichen Couch und die Geheimtipps der Drei nachgemacht!

Dabei wünschen Ihnen die Mitglieder der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion eine schöne und erholsame Herbstferienzeit!



Etwas Süßes für die ungemütlichen Tage von Sönke Rix

In der Bonbonkocherei Hermann Hinrichs in der Frau-Clara-Straße 22 in Eckernförde können die Besucher bei der Entstehung der köstlichen Naschereien zugucken und damit wahre Handwerkskunst kennenlernen. Neben den handgemachten Bonbons sind im Spezialitätengeschäft auch Schokolade, Lakritz- und Weingummiklassiker zu erstehen. Genau das Richtige für einen schmutzigen Herbsttag an der Förde.



Seehundstation in Friedrichskoog von Dr. Karin Thissen

Die Seehundstation in Friedrichskoog hat ganzjährig geöffnet und hat auch außerhalb der Heuler-Saison viel interessantes zu bieten.

In unmittelbarer Nähe befindet sich Willy – ein Indoorspielplatz im WalfORMAT. Ein Spaziergang über den Deich ist für Norddeutsche natürlich bei jedem Wetter machbar.



Kürbis-Apfel-Suppe von Franz Thönnies

Im Herbst haben Kürbisgerichte wieder Hochkonjunktur. Beim „Saisonabschluss-Segeln“, dem Apfeltörn in Flensburg am 17./18. Oktober, steht daher für mich als Smut auf dem Haikutter Ebba Aaen natürlich für die Crew wieder eine Kürbis-Apfelsuppe auf dem Speiseplan.

Hier die Zutaten für gut vier Portionen mit Nachschlag: 3 säuerliche Äpfel, 2 kg Kürbis, am besten Hokkaido, 3 Knoblauchzehen, 1,5 Zwiebeln, 1,2 dl trockener Weißwein, 2 Esslöffel frischen Ingwer, knapp 4 Esslöffel Currypulver, je nach Konsistenzwunsch der Suppe 1,2 – 1,5 Liter Gemüsebrühe, Chilis, frisch oder Flocken, Muskatnuss, 1,2 -1,4 dl süße Sahne sowie Pfeffer und Salz nach Geschmack.

Zwiebeln und Knoblauch gewürfelt glasig anschwitzen und mit dem Weißwein ablöschen. Kürbis waschen (wenn Hokkaido genommen wird, entfällt das Schälen), halbieren und entkernen. Kürbisfleisch dann in Würfel schneiden. Mit den Äpfeln ebenso verfahren. Beides sowie die Gemüsebrühe zu den Zwiebeln und Knoblauch hinzufügen. Anschließend mit Ingwer, Curry und Chilis sowie Muskat würzen. Dann Deckel drauf und bei kleiner Flamme köcheln. Der Kürbis sollte nach gut 20 Minuten gar sein. Anschließend wird die Suppe vom Herd genommen und püriert. Nun die Sahne zugeben, nach eigenem Bedarf abschmecken mit Pfeffer und Salz. Eventuell nochmals kurz aufkochen. Guten Appetit!



Von Dr. Birgit Malecha-Nissen

SPD-Küstengang – 2015 steht im Zeichen der Nationalen Maritimen Konferenz

In der SPD-Küstengang haben sich die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten aus den fünf norddeutschen Ländern zusammengeschlossen. Unser Ziel: dem Norden eine Stimme zu ge-

Aus der Arbeit der Küstengang...

Parlamentarische Initiative federführend gestartet

2015 steht als „Maritimes Jahr“ ganz im Zeichen der Neunten Nationalen Maritimen Konferenz (NMK) im Oktober in Bremerhaven. Mit konkreten Handlungsempfehlungen werden wir wichtige Impulse für die maritime Wirtschaft setzen.

Zum Erfolg der Maritimen Konferenz werden wir mit einem Entschließungsantrag beitragen. Als Lotsin der SPD-Küstengang und

men Wirtschaft dauerhaft sichern und gleichzeitig das Know-how und die Beschäftigung in Schleswig-Holstein weiter ausbauen können.

Ausbildung und Beschäftigung deutscher Seeleute ist in Seenot geraten

Das seemännische Know-how in Deutschland ist in Seenot geraten. Der Anteil der Schiffe, die unter deutscher Flagge fahren, ist enorm gesunken. Diese Entwicklung hat deutliche Auswirkungen auf die Beschäftigung und Ausbildung deutscher Seeleute. Die Maßnahmen, die wir getroffen haben, um den Kostendruck in der Seeschifffahrt zu senken, reichen nicht mehr aus, um dem drohenden Verlust von maritimen Know-how entgegenzuwirken. Wir müssen jetzt handeln und die bestehenden Instrumente zur Förderung der Beschäftigung in der deutschen Seeschifffahrt weiterentwickeln.

Bord befahren. Sie sind unverzichtbar für die Verkehrssicherheit in den Häfen und auf dem Kanal, doch den deutschen Seelotsen geht der Nachwuchs aus. Wir brauchen dringend ein Umsteuern aus der Sackgasse. Nach Angaben der Bundeslotsenkammer fehlen ab 2018 jährlich etwa 40 ausgebildete Lotsen. Wir müssen dringend dem drohenden Verlust des maritimen Know-hows entgegenwirken.

Alternative Treibstoffe in der Schifffahrt fördern

Die Schifffahrt steht zudem vor der Herausforderung anspruchsvoller Umweltauflagen. Über 90 Prozent des gesamten interkontinentalen Warenaustauschs werden auf dem Seeweg abgewickelt. Der Verkehrssektor trägt weltweit mit etwa 22 Prozent zu den klimaschädlichen Treibhausgasemissionen bei. Zugleich bietet die Entwicklung von innovativen umweltfreundlichen Technologien auch Chancen für den maritimen Standort Schleswig-Holstein.

Die Markteinführung von Innovationen ist der Motor für wirtschaftlichen Zuwachs und ein wichtiger Standortvorteil im globalen Wettbewerb. Verflüssigtes Erdgas (LNG) wird dabei als ein attraktiver alternativer Kraftstoff für die Seeschifffahrt angesehen. Die Einführung von LNG im Schifffahrtsbereich befindet sich in Deutschland noch in einem frühen Stadium. Die SPD-Küstengang unterstützt die Nutzung von alternativen Treibstoffen in der Schifffahrt und fordert Fördermöglichkeiten für den Aufbau einer LNG-Versorgungsinfrastruktur im Rahmen der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung (MKS). Deswegen werden wir die Errichtung und Betrieb eines LNG-Terminals in Brunsbüttel unterstützen.



Sitzung der Küstengang am 16.6.2015: Dr. Reinhard Lüken (Hauptgeschäftsführer VSM), Ralf Nagel (geschäftsführendes Präsidiumsmitglied VDR), Uwe Beckmeyer (Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie), Dr. Birgit Malecha-Nissen MdB (Lotsin der Küstengang), Johann Saathoff MdB (Lotse der Küstengang), Dr. Monika Griefahn (Direktorin für Umwelt und gesellschaft bei AIDA Cruises), Daniel Hosseus (Hauptgeschäftsführer ZDS), Klaus Schroeter (Bundesfachgruppenleiter Schifffahrt ver.di) (v.l.n.r.)

ben und Küstenthemen aktiv mit zu gestalten!

Die maritime Wirtschaft und die angrenzenden Bereiche sind Schlüsselbranchen für den Wirtschaftsstandort Deutschland, ohne die unsere Rolle als Exportnation und Logistikstandort Nummer eins in Europa nicht denkbar wäre. Die SPD-Küstengang will in der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages dafür sorgen, dass die Branche und der gesamte Norden neuen Rückenwind erhalten.

zuständige Berichterstatte für Seeschifffahrt habe ich an dem Antrag federführend mitgearbeitet. Insgesamt sichert die maritime Wirtschaft bundesweit über 400.000 Arbeitsplätze und trägt etwa 30 Milliarden Euro zur deutschen Wirtschaftsleistung bei.

Unsere Aufgabe muss es sein, die Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung der Branche zu schaffen. Dadurch werden wir die Spitzenstellung unserer mariti-

Dazu gehört, dass wir den Lohnsteuereinbehalt in der Seeschifffahrt von derzeit 40 auf 100 Prozent erhöhen wollen. Daher ist es ein wichtiger Schritt, dass die Länder einer Erhöhung im Bundesrat zugestimmt haben. Vielen Dank an unseren Ministerpräsidenten Torsten Albig für seinen Einsatz. Unser gemeinsames Ziel muss sein, den Verlust von weiteren Arbeitsplätzen zu stoppen.

Die aktuelle Arbeitssituation in der maritimen Branche zeigt: Ausruhen ist nicht! Kein Schiff kann den Nord-Ostsee-Kanal oder den Hamburger Hafen ohne Lotsen an



Kita-Ausbau kommt allen Kindern zugute

Von Sönke Rix

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten standen dem Betreuungsgeld stets kritisch gegenüber, da es sich um eine finanzielle Leistung für die Nicht-Inanspruchnahme einer staatlichen Leistung handelt. Es wurde nur dann ausgezahlt, wenn öffentlich geförderte Angebote für die Kinderbetreuung nicht genutzt wurden. Zudem haben wir stets kritisiert, dass es sowohl bildungspolitisch als auch hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie der Integration das falsche Instrument ist.

Deshalb begrüße ich, dass das Bundesverfassungsgericht diese Leistung gekippt hat.

Verteilung der Mittel auf die Länder

Die nun frei werdenden Millionen – immerhin 500 Millionen in diesem Jahr und ab 2016 eine Milliarde pro Jahr – werden nach Einwohnerzahl auf die Bundesländer verteilt. Darauf haben sich Bund und Länder auf dem Flüchtlingsgipfel am 24. September geeinigt und außerdem festgelegt, dass das Geld weiterhin in die Kinderbetreuung fließt. Ich appelliere an

die Länder, sich an diese Abmachung zu halten. Meiner Überzeugung nach sollten die Mittel in den Ausbau der Kindertagesstätten investiert werden. Denn trotz des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag haben wir längst noch nicht genügend Kita-Plätze, um den großen Bedarf auch tatsächlich zu decken.

SPD-Ziel: Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung

Zudem wollen wir die Qualität der Kinderbetreuung verbessern. Wir wollen eine noch bessere Betreuung und frühe Förderung durch kleinere Gruppengrößen, gute Ernährung und viel Bewegung. Und wir wollen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Öffnungszeiten der Kitas.

Unterstützung durch Verbände und Gewerkschaften

Das sehen auch wichtige Verbände wie der Deutsche Städtetag, die Industrie- und Handelskammern, die Gewerkschaften sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus diesem Bereich so.

Auch sie plädieren dafür, die Finanzmittel im Bereich der frühkindlichen Bildung einzusetzen.

Alle Kinder sollen von Mitteln profitieren

Was mir besonders wichtig ist: Wir dürfen nicht zwischen den Kindern aus Flüchtlingsfamilien und Kindern, die hier geboren wurden, unterscheiden. Denn natürlich sollen auch die Kinder, die derzeit mit ihren Eltern vor Terror, Krieg und Verfolgung fliehen müssen, davon profitieren. Auch sie benötigen mittelfristig einen Betreuungsplatz. Dies wäre ein enormer Beitrag für die Flüchtlingshilfe. Da die Kinder, die zurzeit zu uns kommen, in der Regel das aufenthaltsrechtliche Schicksal ihrer Eltern

teilen, haben sie kaum Möglichkeiten, Kontakte zu anderen gleichaltrigen Kindern außerhalb ihres Kulturkreises aufzunehmen. Die zum Teil traumatisierten Kinder erhalten in der Kita einen wichtigen Schonraum und Hilfe bei der Verarbeitung von Flucht- und Migrationserfahrungen.

Beitrag zur Integration durch Kennenlernen von gleichaltrigen Kindern

Gleichzeitig schafft dies die besten Voraussetzungen zum Erlernen und Sprechen einer für sie unbekannt Sprache unter Gleichaltrigen. Beides hilft den geflüchteten Familien und ihren Kindern ganz unmittelbar und leistet einen enormen Beitrag zur Integration.



Sönke Rix

Schiffahrtsämter-Reform: Lübeck oder Stralsund

Von Gabriele Hiller-Ohm

Die SPD hat erfolgreich gegenüber Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) durchgesetzt, dass alle bestehenden Standorte der Wasser- und Schiffahrtsämter erhalten bleiben. Dies wird im aktuellen Fortschrittsbericht zur Reform der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung des Bundes bestätigt.

Lübecks starke Rolle im Ostseerevier erhalten

Mit Blick auf die geplante Zusammenführung der 39 Standorte zu künftig 18 Ämtern kommt es aber weiter darauf an, dass das Amt in Lübeck eine starke Rolle im Ostseerevier innehat. Es soll zwar laut des Fortschrittsberichts keine Unterteilung in Haupt- und Nebenämter geben.

Bestimmte Aufgaben – beispielsweise in der Verwaltung – sollen jedoch an einzelnen Standorten gebündelt werden. Das gilt auch für den Sitz des Amtsleiters. Diese

zentrale Koordinierungsfunktion muss in Lübeck verortet sein.

Lübeck oder Stralsund

Alle sachlichen Argumente im Vergleich zum Amt in Stralsund sprechen für Lübeck. Das Amt in Lübeck ist mit seinen rund 300 Beschäftigten und Auszubildenden deutlich größer und liegt in zentraler Lage an der 1.600 Kilometer langen deutschen Ostseeküste.

Führende Verkehrsdrehscheibe Lübeck

Lübeck ist als größter deutscher Ostseehafen führende Verkehrsdrehscheibe und Kernhafen im transeuropäischen Netz der EU. Die Trave ist eine der wichtigsten Bundeswasserstraßen und Travemünde verfügt über eine hochmoderne Verkehrszentrale. Dies muss sich in der Aufgabenverteilung der Ostseeämter widerspiegeln, die noch im Herbst vorgelegt werden soll.



Internationaler Dialog

Verstehen und Verständigung müssen erarbeitet werden

Von Franz Thönnnes

Bereits im letzten Jahr sagte Bundesaußenminister Steinmeier, es scheint, dass „die Welt aus den Fugen geraten ist.“ Angesichts der labilen Situation in Afghanistan, dem Staatenzerfall in Nordafrika, dem Terror des IS im Nahen Osten sowie der weiterhin bestehenden Spannungen in den Beziehungen zu Russland, hat sich an dieser Feststellung leider kaum etwas geändert. Grundlage für eine positive Entwicklung ist das fortgesetzte Engagement für politische Lösungen. Dazu gehört der Dialog auf allen Ebenen. Denn nur gemeinsam können wir ein friedliches und gutes Zusammenleben gestalten.

dere die aktuelle Krise in der Ukraine diskutiert.

Diese Sommerschule war sehr erfolgreich. Dies sieht auch Lisa Behncke, Sprecherin des Kreisvorstandes der Jusos in Segeberg, so: „Es war eine fantastische Erfahrung. Deutlich wurde, dass Ost und West mehr vereint als trennt. Unser Ziel ist, diese Kooperation auch in den nächsten Jahren fortzuführen.“ Delara Burkhardt, stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos sowie Beisitzerin im Stormarner SPD-Kreisvorstand, ergänzt: „Nach dem Tode Egon Bahrs haben die Gedanken an ihn unsere Reise begleitet. Es braucht eine Renaissance der Entspannungspolitik. Mit der gemeinsam verabschiedeten Reso-



Franz Thönnnes bei der Ostseeparlamentarierkonferenz

ter www.jusos-sh.de zu finden.

Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock

Den internationalen Dialog setzte ich bei der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) vom 30. August bis 1. September 2015 in Rostock fort. Knapp 180 Parlamentarier, Beobachter und andere geladene Gäste tauschten sich beim diesjährigen Treffen unter dem Titel „Die Ostseeregion – ein Vorbild für Innovationen im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens“ aus.

Hintergrund war die zu erwartende deutliche Alterung der Gesellschaften und der damit verbundene steigende Bedarf an guter Versorgung im Sozial- und Gesundheitsbereich mit qualifiziertem Personal und hochwertiger Technik. Dies wird auch zu steigenden Kosten führen, die gleichzeitig von einer geringeren Zahl von Menschen zu tragen sind. Das wirft viele Fragen auf – etwa, wie auch in Zukunft die Leistungen erbracht, finanziert und allen Menschen gleichermaßen zugänglich gemacht werden können. Sich über die Erfahrungen auszutauschen und nach Möglichkeiten zur Kooperation zu suchen, ist zwingend.

Unsere Delegation brachte als

weiteres Thema aber auch die Munitionsaltlasten in der Ostsee aus dem Zweiten Weltkrieg in die Debatte ein. Notwendig ist die Diskussion über eine Bestandsanalyse, um abschätzen zu können, wo akute Gefährdungspotenziale liegen.

Angesichts der aktuellen Situation wurden die Regierungen der Ostseeregion aufgefordert, Flüchtlingen eine vernünftige Unterbringung und Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Von allen Ostseestaaten erwarten die Parlamentarier, dass sie alles in ihren Kräften Stehende tun, um sicherzustellen, dass sich die Ostseeregion weiterhin durch intensive Zusammenarbeit und gute sowie friedliche Nachbarschaft auszeichnet. Zu diesem Zweck werden sie alle Möglichkeiten des parlamentarischen, zwischenstaatlichen und sozialen Austauschs und Dialogs nutzen. So forderten wir auch eine Wiederaufnahme der Ostseerats-Ministertreffen, weil so der Dialog gefördert und die Zusammenarbeit gestärkt wird.

Die einstimmig angenommene Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz ist unter www.bspc.net zu finden.



Franz Thönnnes gemeinsam mit den Teilnehmern der FES Sommerschule in Russland“

Teilnahme an Sommerschule der Friedrich-Ebert-Stiftung

Vor diesem Hintergrund nahm ich gemeinsam mit einer Juso-Delegation aus Schleswig-Holstein vom 26.-28. August 2015 an der Sommerschule der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in St. Petersburg und Velikij Nowgorod teil. Gemeinsam mit jungen Menschen aus Russland, Belarus und der Ukraine wurden Möglichkeiten der politischen Kooperation und insbeson-

der zeigen wir, dass auch heute Verständigung und Ausgleich im Sinne Bahrs möglich sind.“

Resolution und Berichte online abrufbar

Kernpunkte der Resolution sind unter anderem die Forderung nach der konsequenten Umsetzung der Minsker Abkommen sowie die Entwicklung eines intensiven Jugendaustausches zwischen den beteiligten Staaten. Der Text zur Resolution und ausführliche Berichte zur Reise sind un-



Mehr Zeit für Familien – Moderne Familienpolitik gestalten

Von Dr. Birgit Malecha-Nissen

Wie wollen Familien in unserem Land leben? Was kann Politik tun, um Familien bestmöglich zu unterstützen? Über diese Fragen habe ich mich im September in Neumünster mit Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion ausgetauscht. Mit an Bord waren Caren Marks, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisanne Straka vom DGB Nord und Bettina Niemax von der Diakonie Altholstein.

Zeit, Geld und gute Betreuungsinfrastruktur – das sind die Top-Drei

Kindererziehung, berufliche Karriere, Pflege von Angehörigen – Eltern stehen vor vielen Herausforderungen. „Dabei brauchen sie vor allem Eines: Zeit, Geld und eine gute Betreuungsinfrastruktur“, so das Fazit aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Diskussionsveranstaltung. Hier ist in den letzten Jahren enorm viel passiert.

Erst letztes Jahr hat der Bund beispielsweise ein Investitionsprogramm für den Betreuungsausbau aufgelegt. Es gibt den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Zudem unterstützen wir Familien auch finanziell, beispielsweise mit dem Kindergeld und dem Entlastungsfreibetrag für Alleinerziehende. Für 2016 plant die Bundesfamilienministerin das Kindergeld auf 190 Euro zu erhöhen. Davon profitieren 17 Millionen Kinder.

Familie ist dort, wo Menschen partnerschaftlich füreinander Verantwortung übernehmen

Moderne Familienpolitik zu gestalten heißt, sich an der Lebenswirklichkeit von Familien zu orientieren. Sie muss ihren Teil dazu beitragen, dass es Familien in unserem Land leichter aben, und dass sie gute Rahmenbedingungen für

ein Leben mit Kindern vorfinden.

Dabei ist eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie für uns Sozialdemokraten der Dreh- und Angelpunkt. Es muss beiden Elternteilen möglich sein zu arbeiten. Allerdings klaffen Wunsch und Wirklichkeit auseinander: Rund 60 Prozent der Eltern in Deutschland mit kleinen Kindern wünschen sich eine partnerschaftliche Aufgabenteilung bei der Erwerbstätigkeit, aber nur 14 Prozent erreichen sie auch.

Es ist noch immer überwiegend die Frau, die ihre Stundenzahl nach der Geburt eines Kindes dauerhaft reduziert und, wenn es schlecht läuft, auf einer Teilzeitleiste hängen bleibt. Etwa, weil es an Flexibilität im Berufsleben mangelt oder auch an flexiblen Betreuungsmöglichkeiten. Diese Situation nehmen wir ernst und haben in der aktuellen Koalition entsprechend gehandelt. So haben wir beispielsweise das Elterngeld Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexiblen Elternzeit umgesetzt. Dadurch ist es nun einfacher für Väter und Mütter, Elterngeldbezug und Teilzeitarbeit miteinander zu kombinieren. Das gilt auch für Alleinerziehende.

Arbeitszeitmodell fördert Gleichberechtigung für berufstätige Mütter und Väter

Das von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig zur Diskussion eingebrachte Familienzeitarbeitsmodell kann künftig ebenso einen wertvollen Beitrag für mehr Zeit bei Familien sorgen. Das Konzept verfolgt eine 32-Stundenwoche für Eltern mit staatlichem Lohnausgleich. „Im Spannungsfeld zwischen Familie und Beruf kann es mehr Gleichberechtigung zwischen beiden Partnern erreichen“, so die Einschätzung der Gewerkschaftssekretärin Lisanne Straka vom DGB Nord im Rahmen der Diskussionsveranstaltung.

Randzeitenbetreuung und Notfallbetreuung ausweiten

Auch wenn wir beim Ausbau der Betreuungsinfrastruktur viel er-

reicht haben, gibt es bei der „Randzeitenbetreuung“ nach wie vor Handlungsbedarf. Was ist mit den Eltern, die im Schichtdienst arbeiten oder einfach eine private Notsituation haben? Deshalb plant die Koalition unter Federführung von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig im Haushaltsentwurf für 2016/2017, das Sondervermögen für den Kitausbau um 230 Millionen Euro zu erhöhen. Mit diesem Geld soll unter anderem die Randzeitenbetreuung ausgeweitet werden.

Wie Unternehmen mit einem sozialen Anbieter Hand in Hand bei der Kindernotfallbetreuung zusammenarbeiten, zeigt das Konzept der Diakonie in meinem Wahlkreis in Neumünster auf eindrückliche Weise. Die Kindernotfallbetreuung der Diakonie Neumünster ermöglicht es, dass sich Betreuerinnen und Betreuer innerhalb von zwei Stunden in Notsituationen im Betrieb, bei den Eltern zu Hause oder in den Stützpunkten der Notfallhilfe um die betroffenen Kinder kümmern. Unternehmen schließen dafür einen Nutzungsvertrag mit der Diakonie ab. Damit können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Nothilfe kostenfrei in Anspruch nehmen.

Flüchtlingsfamilien integrieren – Sprache, Schule, Ausbildung als Schlüssel für echte Teilhabe

Immer mehr Flüchtlingsfamilien kommen zu uns nach Deutschland. Die Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger ist überwältigend – sie schaffen dadurch ein Klima des Willkommens und bieten gleichzeitig menschenverachtender Hetze die Stirn. Aber die Menschen fragen sich auch: „Wie wird es weitergehen? Wie kann eine „echte“ Integration gelingen?“

Ich meine, das A und O einer erfolgreichen Flüchtlingspolitik ist, dass auch junge Flüchtlinge so schnell wie möglich integriert werden. Dass sie schnell in die Kita und Schule gehen können. Hierzu hat die Bundesfamilienministerin schon einen Plan vorgelegt. Ihr Haus will die Jugendmigrationsdienste mit zusätzlich sieben Millionen Euro ausbauen.

Weitere Standorte geplant

Zu den 430 bereits existierenden Jugendmigrationsdiensten sollen weitere Standorte mit speziellen Angeboten für junge Flüchtlinge geschaffen werden. Zusätzlich hat Manuela Schwesig das Programm „Willkommen bei Freunden“ gestartet. Ziel ist es, das bürgerschaftliche Engagement und die Arbeit von Kommunen besser zu unterstützen. Dafür will sie für die kommenden drei Jahre zwölf Millionen Euro zur Verfügung stellen. Ebenso soll der Bundesfreiwilligendienst um 10.000 Stellen aufgestockt werden.



**Caren Marks
MdB (Parl.
Staatssekretärin
bei der Bundes-
ministerin für
Familie, Senio-
ren, Frauen und
Jugend), Dr.
Birgit Malecha-
Nissen MdB,
Lisanne Straka
(DGB Nord),
Bettina Niemax
(Diakonie Alt-
holstein)
(v.l.n.r.)**



Glückwunsch an Ralf Stegner: Auf viele weitere Jahre!

Von Dr. Ernst Dieter Rossmann

Der Homo Politicus aus dem Norden

Wer noch so viel vorhat wie Ralf Stegner, kann auf große vollmundige Lobpreisungen aller Art gewiss noch ein bisschen warten. Dabei dürfen wir jetzt schon feststellen: 25 Jahre in führenden Aufgaben als bewegter und bewegender Sozialdemokrat in Schleswig-Holstein und darüber hinaus sind in der Geschichte unseres Landesverbandes in dieser Form wohl ziemlich einmalig.

Ralf Stegner hat sich in dieser Zeit für seine Idee von SPD, von besserer Gesellschaft und einem gerechten und zukunftsfähigen Schleswig-Holstein in einer Weise „reingehängt“ und in die Pflicht nehmen lassen, wie wir es in dieser ganz besonderen Verbindung von Parteiverantwortung und Parlamentsleben, von Legislative und Exekutive bisher noch nicht erlebt haben. Und die SPD in Schleswig-Holstein, so klein wie das Land nun einmal ist, weist in ihrer Geschichte wahrlich einige kantige, starke und erfolgreiche politische Persönlichkeiten auf. Denn der Homo Politicus sozialdemokratischer Prägung hat schon immer eine Heimstatt gehabt im echten Norden.

Aus der Tiefe des Landes

Deshalb kurz, knapp und direkt: Die Landesgruppe der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten gratuliert Ralf von ganzem Herzen zu diesem ersten kleinen Jubiläum in seinem politischen Leben. Wir bedanken uns für eine stete, verlässliche und immer politisch ergiebige und vorwärts führende Zusammenarbeit.

Was viele ahnen und wir aus vielen Frühstücksrunden der SPD-

Landesgruppe wissen, bei Rührei und Krabben, donnerstags vorm Plenum: Ralf Stegner ist auch schon morgens um 7.30 auf der Höhe der politischen Zeit, ob er nun als Finanzminister oder als Innenminister gekommen ist oder

Präsidiumsmitglied der SPD und links-integrativen Flügelmann nur sein kann, dem gleichzeitig in seinem Landesverband kein Ortsverein für eine aufmerksame und wertschätzende Begleitung zu klein ist.



Dr. Ralf Stegner beim Frühstück mit der Landesgruppe

jetzt als Landesvorsitzender, als Fraktionsvorsitzender und als stellvertretender Parteivorsitzender.

Viele andere muss man anfragen – Ralf Stegner meldet sich von selbst. Er sucht und findet den Kontakt zur Landesgruppe. Die Themen reichen gleichzeitig weit in die Zukunft und weit in die Tiefe des Landes, so wie es bei einem

Bei Rührei und Krabben

Wie laufen diese gemeinsamen Landesgruppensitzungen mit Ralf nun eigentlich ab? Früher Vogel fängt den Wurm. Der Gast ist jedenfalls pünktlicher als manche Mitglieder der Landesgruppe. Regularien und Routine bestimmen die erste halbe Stunde der Frühstücksrunde, während Ralf zuhört, das Frühstück genießt und sich

seine Gedanken gliedert, die dann Platz auf einem wirklich kleinen Zettel finden. Die Aufnahmefähigkeit parlamentsgestresster Bundestagsabgeordneter soll schließlich ja auch nicht überstrapaziert werden.

So sind es in der Regel fünf klar abgegrenzte und zugespitzte Punkte, mit denen dann ab 8.00 Uhr präsentiert und zur Diskussion gestellt wird, was dem Fraktionsvorsitzenden, dem Landesvorsitzenden und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden wichtig ist. In dieser Reihenfolge, schnörkellos, inhaltsreich und ohne besonderes linkes Flügelschlagen. Was sowieso alle wissen, muss hier nicht extra herauskehrt werden. Damit bleibt mehr Zeit für Schleswig-Holstein und das Praktisch-Konkrete, für das wir gewählt sind und das wir mit Land und Bund gemeinsam voranbringen wollen.

Ad multos annos!

Die Zeit reicht nie für all die Themen und Ideen, die miteinander abzuklären sind. Aber ohne Zusammenfassung und Aufgabenorientierung macht Ralf sich nun einmal nicht vom Acker.

Während für die einen der Bundestag ruft, stehen für den anderen schon nächste Termine in seinem politischen Orbit von Brüssel und Berlin, Kiel und Bordesholm an. Wir können das verschmerzen. Schließlich wissen wir: Es wird nicht sehr lange dauern und er wird sich wieder anmelden zum offenen Gespräch und zum vertrauensvollen Austausch mit seiner Landesgruppe in Berlin. Bei Rührei und Krabben. Also noch einmal mit Augenzwinkern: **Weiterhin alles Gute für den wahren Roten aus dem echten Norden! Watt mutt, datt mutt. Ad multos annos!**



Rückschau auf Termine in Berlin und in den Wahlkreisen

Eine Auswahl an spannenden und interessanten Begegnungen der letzten Monate



Dr. Nina Scheer MdB (2.v.r.) lud zusammen mit Anette Kramme (1.v.r.), Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, zu einer Fraktion vor Ort-Veranstaltung zum Thema „Arbeit und Soziales – für gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben“ nach Geesthacht ein. Mit Uwe Polkaehn (2.v.l.), Vorsitzender des DGB-Nord, und MdL Olaf Schulze, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, diskutierten Scheer und Kramme über notwendige arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen und mögliche Entwicklungen der Zukunft, etwa über die so genannte Industrie 4.0.

Austausch zur Erstaufnahmeeinrichtung in Albersdorf mit dem schleswig-holsteinischen Innenminister und Dr. Karin Thissen, hier im Bild (v.l.n.r.): Rüdiger Smal (Mitarbeiter des Innenministers), Stefan Studt (Innenminister des Landes Schleswig-Holstein), Heribert Heinecke (Bürgermeister von Albersdorf)



Intensivierung des Dialogs zwischen Bund und Land im Zeichen der Küstengang der SPD-Bundestagsfraktion: Auftakt in der Landesvertretung Schleswig-Holstein mit dem Koordinator für den Bundesverkehrswegeplan Gustav Herzog, MdB. Themen des Gesprächs: Hafenhinterlandanbindungen und Olympia 2024 mit den damit verbundenen verkehrspolitischen Herausforderungen. (v.l.n.r.): Andreas Rieckhof (Staatsrat Hamburg), Rosemarie Schönegg-Vornehm (Landesvertretung Schleswig-Holstein), Dr. Birgit Malecha-Nissen MdB (Lotsin der SPD-Küstengang), Gustav Herzog MdB.

Franz Thönnies MdB gemeinsam mit Ralf Stegner am 24. Juli zu Besuch bei der Imkerschule in Bad Segeberg



Am 2. September besuchte Sönke Rix MdB (2.v.r.) zusammen mit dem schleswig-holsteinischen Innenminister Stefan Studt (2.v.l.), dem Rendsburger Bürgermeister Pierre Gilgenast und MdL Serpil Midyatli (1.v.l.) die zweitgrößte Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Rendsburg. Hier werden die Geflüchteten registriert und von der Asylbehörde über ihre Fluchtgründe befragt.



Am 2. September besuchte Sönke Rix MdB (2.v.r.) zusammen mit dem schleswig-holsteinischen Innenminister Stefan Studt (2.v.l.), dem Rendsburger Bürgermeister Pierre Gilgenast und MdL Serpil Midyatli (1.v.l.) die zweitgrößte Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Rendsburg. Hier werden die Geflüchteten registriert und von der Asylbehörde über ihre Fluchtgründe befragt.

aufnahmeeinrichtung des Landes in Rendsburg. Hier werden die Geflüchteten registriert und von der Asylbehörde über ihre Fluchtgründe befragt.



„Es war nicht unsere Entscheidung“. Dieser Satz einer jungen Syrerin fasst das Schicksal der Geflüchteten in der Erstaufnahmeeinrichtung in Rendsburg vollständig zusammen. Sönke Rix beim Besuch des Containerdorfs mit Innenminister Stefan Studt und MdL Serpil Midyatli: „Erst das gemeinsame Engagement von Hauptamtlichen und freiwilligen Helfern macht einen menschenwürdigen Umgang möglich. Ich danke allen, die sich vor Ort dafür einsetzen!“



Rückschau auf Termine in Berlin und in den Wahlkreisen

Eine Auswahl an spannenden und interessanten Begegnungen der letzten Monate

Bettina Hagedorn MdB mit ihrem Verkehrsausschusskollegen Gustav Herzog MdB in Brunsbüttel anlässlich der Diskussionsveranstaltung zum Nord-Ostsee-Kanal am 8. Juni, im oberen Bild bei der Begehung des NOK mit dem Amtsleiter des Wasser- und Schifffahrtsamtes Kiel-Holtenau, Dieter Schnell (1.v.l.)



Am 5. Oktober luden Matthias Ilgen MdB und Ulla Schmidt MdB zu einer Fraktion vor Ort-Veranstaltung unter dem Titel „Eingliederungshilfe – welche Reformen sind notwendig?“ nach Bredstedt ein. Mehr als 50 Interessierte folgten der Einladung und diskutierten angeregt mit den beiden Bundestagsabgeordneten.



Workshop der Demokratieinitiative des SPD-Kreisverbands Pinneberg am 26. September. (v.l.n.r.): Heike Baumann, Hansjörg Mauch, Ernst Dieter Rossmann, Christiane Küchenhof, Astrid Huemke, Beate Raudies MdL, Thomas Hölck MdL, Elke Schreiber, Kai Vogel MdL, Nils Wieruch, Jutta Kross und Kai-Olaf von Wolff.

Franz Thönnies MdB zusammen mit Ministerpräsident Torsten Albig zu Gast in der Kinderstadt Stormini am 27. Juli



Zukunft des Elbe-Lübeck-Kanals sichern: Am 9. September begrüßte Gabriele Hiller-Ohm Vertreter der Lübecker Wirtschaft und der Hansestadt in Berlin zum gemeinsamen Gespräch mit dem Berichterstatter der SPD-Fraktion für den Bundesverkehrswegeplan Gustav Herzog. Im Herbst 2015 entscheidet sich mit Vorlage des neuen Bundesverkehrswegeplans, ob der Elbe-Lübeck-Kanal durch Investitionen des Bundes in Schleusen und Brücken eine Zukunft als effiziente und umweltfreundliche Verkehrsader zwischen Ostsee und deutschem Binnenschifffahrtsnetz hat. (v.l.n.r.): Ludwig Striewe (ATR Landhandel), Jürgen Schlichting (Nautischer Verein Lübeck), Ulfbenno Krüger (Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH), Hans-Wolfgang Wiese (Lübeck Port Authority), Rüdiger Schacht (IHK zu Lübeck), Gabriele Hiller-Ohm, MdB und Gustav Herzog, MdB



Terminankündigungen:

Am Mittwoch, den **21. Oktober 2015**, um 18:30 Uhr laden **Dr. Nina Scheer** MdB und die **Jusos des Herzogtums Lauenburg und Stormarn** ein zum Thema **„Chancen ergreifen, Zukunft gestalten: Jugend und Politik“**. Die Veranstaltung findet in Schröders Hotel, Compestraße 6 in 21493 Schwarzenbek statt.

Weitere Details können über das Berliner Büro von Dr. Nina Scheer bezogen werden: Telefon: 030/227-73537 oder per E-Mail unter nina.scheer@bundestag.de.

+++++
Zu einer Fraktion vor Ort-Veranstaltung laden die SPD-Bundestagsabgeordnete **Gabriele Hiller-Ohm** und ihre Fraktionskollegin **Dr. Carola Reimann** am Mittwoch, den **28. Oktober 2015**, um 18 Uhr ein. Thema der Veranstaltung ist **„Ich sterbe – wer hilft mir?“ Der Bundestag entscheidet über die Neuregelung der Sterbehilfe**. Veranstaltungsort ist Dat Hoghehus, Koberg 2 in 23552 Lübeck.

Weitere Informationen gibt es über

das Berliner Büro von Gabriele Hiller-Ohm, Telefon: 030/227-73514 oder per E-Mail unter gabriele.hiller-ohm@bundestag.de.

+++++
Zu einer Fraktion vor Ort-Veranstaltung laden der SPD-Bundestagsabgeordnete **Dr. Ernst Dieter Rossmann** und seine Fraktionskollegin **Saskia Esken** am Dienstag, den **17. November 2015**, voraussichtlich um 19 Uhr ein. Das Thema der Veranstaltung ist **„Digitales Leben“**. Voraussichtlicher Veranstaltungsort wird Pinneberg sein.

Weitere Informationen können über das Wahlkreisbüro von Dr. Ernst Dieter Rossmann bezogen werden: Telefon: 04101/200639 oder per E-Mail unter ernst-dieter.rossmann@wk.bundestag.de.

+++++
Dr. Karin Thissen lädt am Mittwoch, den **18. November 2015**, voraussichtlich um 18 Uhr zu einer Veranstaltung mit ihrer Fraktionskollegin **Dr. Carola Reimann** ein. Das Thema der Veranstaltung ist **„Sterbehilfe“**. Der Veranstaltungs-

ort ist das Restaurant Himmel + Erde, Kirchenstraße 5, 25524 Itzehoe.

Weitere Details können über das Wahlkreisbüro von Dr. Karin Thissen unter Telefon 04821/4396920 oder per E-Mail unter karin.thissen@bundestag.de erfragt werden.

+++++
Zu einer Fraktion vor Ort-Veranstaltung laden die SPD-Bundestagsabgeordnete **Bettina Hagedorn** und ihr Hamburger Kollege **Niels Annen** am Freitag, den **27. November 2015**, um 19 Uhr ein. Thema der Veranstaltung ist **„Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge integrieren!“**. Veranstaltungsort ist die Kreisbibliothek Eutin, Schlossplatz 2 in 23701 Eutin.

Weitere Informationen gibt es über das Berliner Büro von Bettina Hagedorn, Telefon: 030/227-73832 oder per E-Mail unter bettina.hagedorn@bundestag.de.

+++++
Bettina Hagedorn MdB lädt am

Dienstag, den **8. Dezember 2015**, ab 18 Uhr zu einer Diskussionsveranstaltung mit der Deutschen Bahn zur **Hinterlandanbindung der Fehmarn-Beltquerung**. Veranstaltungsort ist der Kursaal Scharbeutz, Strandallee 134, 23683 Scharbeutz.

Weitere Informationen erhalten Sie über das Berliner Büro von Bettina Hagedorn, Telefon: 030/227-73832 oder per E-Mail unter bettina.hagedorn@bundestag.de.

+++++
Voraussichtlich im **Dezember 2015** laden die SPD-Bundestagsabgeordneten **Dr. Nina Scheer** und **Dr. Ernst Dieter Rossmann** zu einer Fraktion vor Ort-Veranstaltung zum Thema **„Wertschätzung der Arbeit“** ein. Der Veranstaltungsort stand zum Redaktionsschluss noch nicht fest.

Genauere Informationen können über das Berliner Büro von Dr. Nina Scheer unter Telefon 030/227-73537 oder per E-Mail unter nina.scheer@bundestag.de erfragt werden.

Impressum

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB (Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktion & Layout:

Sandra Lechelt M.A. (sl)
Referentin der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.144
11011 Berlin
Tel.: 030/227-75318
Fax: 030/227-76817
E-Mail: sh-lg.spd@bundestag.de
Im Internet: <http://landesgruppe.spd-schleswig-holstein.de/>

Korrektur:

Soeren van Heck M.A. (Büro Matthias Ilgen MdB)

Quellenangaben der Abbildungen:

A. Wehmeyer (S. 17 beide oben links)
Dr. Birgit Malecha-Nissen (S. 11, 14, 16 mitte rechts)
Dr. Ernst Dieter Rossmann (S. 17 mitte links)
Franz Thönnies (S. 10 unten, 13 beide, 16 mitte links, 17 mitte rechts)
Gabriele Hiller-Ohm (S. 4, 17 unten rechts)
H. Poppe (S. 5)
Joachim E. Roettgers (S. 8)
Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (S. 2)
Dr. Karin Thissen (S. 10 rechts oben)
Landesgruppenbüro (S. 15)
Matthias Ilgen (S. 3, 17 oben rechts)
Michael Wolpmann (S. 16 oben rechts)
Dr. Nina Scheer (S. 16 oben links)
Sebastian Donath (S. 6)
SPD Schleswig-Holstein (S. 12)
Sönke Allers (S. 11 Logo der Küstengang)
Sönke Rix (S. 10 links oben, 16 beide unten)
Susie Knoll / Florian Jänicke (S. 1)